



Bezahlbare Wohnungen für alle - statt Profite mit Miete! Mietpreisstopp bei der SWSG!

In Stuttgart herrscht Wohnungsnot – Not an bezahlbaren Wohnungen für Gering- und NormalverdienerInnen, Familien, RentnerInnen, StudentInnen und sozial Benachteiligte. Flüchtlinge werden in Containerbauten zusammengepfercht. Die Mieten explodieren. Noch schneller als die Kaltmieten schießen die Energie- und sonstigen Nebenkosten in die Höhe. Immer mehr private Haushalte in Stuttgart sind überschuldet. Familien, die ihre Stromrechnung nicht bezahlen können, wird der Strom abgestellt. Wer die Miete nicht bezahlen kann, wird zwangsgeräumt. In der reichen Stadt Stuttgart gibt es Obdachlosigkeit und Kinder und Jugendliche, die auf der Straße leben.

Der Verlust an preisgünstigen Wohnungen spitzt sich weiter dramatisch zu. Weit mehr Sozialwohnungen fallen aus der Mietpreisbindung als neue gebaut werden. Neugebaute Sozialwohnungen kosten mindestens 7,50 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter. In großem Stil werden derzeit die letzten noch relativ preisgünstigen Mietshäuser durch Abrissbagger vom Markt geräumt. In „Sanierungsgebieten“ übernehmen die Stadt bzw. die Fördertöpfe „Soziale Stadt“ die Abrisskosten. Ganze Stadtteile, wie der Hallschlag, werden derzeit durch Abriss, Neubauten und Modernisierungen „aufgewertet“ bzw. gentrifiziert. Weil die Mieten explodieren, werden Menschen aus ihren Stadtteilen vertrieben ...

„Die Rendite ist der preistreibende Faktor bei den Mieten. Ohne diesen Profitanteil könnten alle Mieten auf etwa die Hälfte oder ein Drittel der heutigen Mietpreise gesenkt werden.“

Claus Schreer, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung,
am 2. August 2014 in der Tageszeitung (taz).

“Die Stadt muss sich vor allem darauf konzentrieren, ein Minimum an bezahlbarem Wohnraum zu schaffen”

OB Kuhn in der Aprilausgabe 2015 der Immobilienzeitung der Stuttgarter Zeitung

Fritz Kuhn ist Oberbürgermeister für Investoren, nicht für MieterInnen!

„Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für Geringverdiener und für Familien mit Kindern“ versprach OB Kuhn vor der Wahl. Im Dezember 2013 kündigte er den Bau von 200 Sozialwohnungen in 2014 und je 300 in den folgenden Jahren an. Private Investoren bauen jedoch keine Sozialwohnungen weil sie mit frei finanzierten Wohnungen viel höhere Renditen erzielen.

Die Stadt könnte auf eigenen Grundstücken über die SWSG preisgünstige Wohnungen bauen und durch Vorkaufsrecht Wohnungen der Spekulation entziehen. Das lehnen Oberbürgermeister Kuhn und die Mehrheit im Gemeinderat ab. Sie betreiben stattdessen den völligen Ausverkauf der Stadt an private Investoren.

Seit zwei Jahren gibt ein Landesgesetz den Kommunen die Möglichkeit, mit einem Zweckentfremdungsverbot gegen leerstehende Wohnungen vorzugehen. Erst jetzt wird es in Stuttgart zum 1. Januar 2016 eingeführt. Während der Mieterverein davon ausgeht, dass mindestens 6.000 Wohnungen aus Gründen von Spekulation und Reichtum der Eigentümer leer stehen, geht OB Kuhn nur von 1.000

bis 3.000 Wohnungen aus. Kuhn will nur zwei Mitarbeiter bei der Stadt mit der Aufgabe beschäftigen, den Leerstand zu ahnden. Ob die möglichen Bußgelder von 50.000 Euro verhängt werden, bleibt abzuwarten. Die 283.000 Quadratmeter Leerstand bei den Büros bleiben außen vor.

Von der Bundesregierung über die Landesregierung bis zu den Kommunen bedienen die Politiker von der CDU über die SPD bis zu Grünen die Profitinteressen der Immobilienwirtschaft und opfern dafür Mieterinteressen. Es waren der grüne Ministerpräsident Kretschmann und sein SPD-Wirtschaftsminister Nils Schmid, es waren die Vertreter der Stadt Stuttgart und aller Parteien im Aufsichtsrat der LBBW, die 2012 der Freigabe von 21.500 LBBW-Wohnungen für die Immobilienspekulation zugestimmt haben. Die Sozialcharta ist nicht das Papier wert, auf dem sie steht. Das haben Mieterhöhungen bei der Patrizia-Südewo von über 30 % seit 2012 in Stuttgart gezeigt. Der Verkauf der Südewo an die Deutsche Annington beunruhigt die MieterInnen und die Partei DIE LINKE - nicht die Politiker der anderen Parteien.

In aktueller Angelegenheit:

Leerstand bekämpfen statt Flüchtlinge!

In Stuttgart stehen 11.400 Wohnungen, 283.200 qm Büro (StZ, 25.7.2015) und weitere hunderttausende Quadratmeter Gewerbeflächen leer. Wenn die Hälfte der leerstehenden Wohnungen bewohnt würden, könnten hier 17.000 Menschen eine Bleibe bekommen. Aus den 283.200 qm nicht genutzter Büroflächen könnten mehr als 4.000 Wohnungen mit je 70 Quadratmeter Wohnfläche gemacht werden. Hier könnten 12.000 Menschen wohnen. Es sind die Spekulanten, die Häuser unbewohnt lassen. Würde der Leerstand in Stuttgart nur zum Teil für Wohn-

zwecke genutzt, könnten insgesamt 30.000 Menschen darin untergebracht werden.

Flüchtlinge dürfen nicht zu Sündenböcken der Wohnungsnot gemacht werden. Das Gesetz erlaubt den Kommunen die Beschlagnahme von leerstehenden Gebäuden, um Obdachlosigkeit zu verhindern. Wir fordern, dass dieses Gesetz umgesetzt wird. Wir unterstützen den Aufbau des Leerstandsmelders. Jede und jeder kann leerstehende Häuser melden: www.leerstandsmelder.de/stuttgart

Fakten

- In Stuttgart fehlen je nach Berechnung 8.000 (Pestel-Institut 2013), 15.000 (Mieterverein) oder sogar 30.000 (Statistisches Landesamt) Wohnungen
- 47 % aller Erwerbstätigen in Baden Württemberg haben ein Monatsnettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro. Die Mietbelastung in Stuttgart liegt für diese Menschen bei 49 %. Bei 1.300 Euro Monatsnettoeinkommen müssen 56 % für Miete ausgegeben werden (Quelle: Broschüre des DGB von 2013 „Baden Württemberg – Musterland guter Arbeit“)
- 17 % der Haushalte, das sind 50.000 Familien, haben in Stuttgart Anspruch auf eine Sozialwohnung. Es gibt aber weniger als 16.000. Bis 2017 wird die Zahl der Sozialwohnungen auf 14.000 sinken, wenn keine neuen gebaut werden
- 3.800 wohnungssuchende Haushalte waren im Oktober beim Wohnungsamt der Stadt Stuttgart registriert. Die Hälfte wurden als Not- und Dringlichkeitsfälle eingestuft. Das Wohnungsamt konnte im Jahr 2014 nur 837 Wohnungen vergeben. Das ist ein Rekordtiefstand. 2007 waren es noch 1.370
- 1995 wurden in Stuttgart noch rund 1.400 Sozialwohnungen gebaut, 2014 keine einzige
- In Stuttgart stehen 11.400 Wohnungen, 283.000 qm Büroflächen und um die 200.000 Quadratmeter Gewerbegebäude leer. Nach der sogenannten Zeitstufenliste der Stadt Stuttgart stehen im Jahr 2015 insgesamt 174 Wohngebiete mit einer möglichen Bebauung von 21.415 Wohnungen zur Verfügung.
- Im Jahr 2001 hat die Stadt Stuttgart von der Bahn das sogenannte C-Gelände hinter dem Pragfriedhof für fast 100 Millionen Euro gekauft. Hier könnten sofort mindestens 3.000 Wohnungen gebaut werden, wenn Stuttgart 21 gestoppt würde. Das Gelände wird ohne Pachtzahlungen von der Bahn für die Bauzeit von Stuttgart 21 als Logistikfläche in Beschlag genommen.
- In keiner anderen Großstadt in Deutschland ist die Armutsgefährdung höher als in Stuttgart. Sie liegt laut Statistischem Amt bei 20,4 %.
- Von allen Städten im Südwesten nimmt die Verschuldung der privaten Haushalte in Stuttgart am stärksten zu. 10,9 % der Erwachsenen in Stuttgart, d.h. rund 55.200 Menschen konnten 2014 ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Das waren 34 % mehr als 2004. Hohe Mieten gelten als eine der Hauptursachen. (StZ, 21.1.2015)
- 2013 waren in Stuttgart 8.000 Menschen wohnungslos, davon 1.478 Frauen. Die Zahlen steigen. (Wochenblatt, 14.1.2015)
- Eine Milliarde Euro verbauen Investoren für den Bau von 100.000 Quadratmeter neuer Handelsflächen im Milaneo, Gerber und Dorotheen-Quartier, die nicht gebraucht werden.
- Im Europaviertel hinter dem Hauptbahnhof entstehen 2014/15 fünf Hotels mit mehreren hundert Zimmern. Im Neckarpark will die Stadt mehrere Hotels mit 1.000 Betten ansiedeln. Die Bettenauslastungsquote von 46 % wird dadurch weiter sinken.

Schluss mit Wohnraum-Spekulation!

Sichere Geldanlagen in bebaute Grundstücke gelten bei Investoren als "Betongold". Wegen des knappen Wohnungsangebots sind vor allem in Städten wie Stuttgart weitere Mieterhöhungen und damit hohe Renditen auf dem Markt durchsetzbar. Privates Kapital fließt nicht da hin, wo es im Interesse der Mehrheit gebraucht wird, sondern dorthin, wo es die höchste Rendite verspricht, das heißt in den Bau von weiteren Einkaufstempeln, Bürotürmen, Hotels, in Luxuswohnungen wie das Cloud 7 oder in teure Eigentums- und Mietwohnungen. Wer für eine Mietwohnung 13 bis 20 Euro Kaltmiete bezahlen kann, kann auswählen zwischen einer Wohnung über dem Gerber, dem Milaneo, in Stuttgart-West und anderswo.

Bauland als kommunales Eigentum

Wohnungen dürfen nicht länger Spekulationsobjekt sein. Deshalb müssen Annington, Patrizia und alle anderen marktbestimmenden großen privaten Wohnungsgesellschaften sowie Banken und Versicherungen in öffentliches Eigentum überführt und demokratisch verwaltet und kontrolliert werden. Bauland muss grundsätzlich vor der Erstellung eines Bebauungsplans und ohne Spekulationsgewinn in kommunales Eigentum übergehen und darf nur auf Erbpacht an andere vergeben werden. Die Versorgung aller Menschen mit bezahlbaren Wohnungen in einem lebenswerten Umfeld lässt sich mit kapitalistischem Profitstreben nicht vereinbaren. Sie muss öffentlich finanziert und demokratisch organisiert werden. Denn renditeorientierte Unternehmen richten ihr Angebot nicht nach dem Bedarf der Menschen aus, sondern an der zahlungskräftigen Kundschaft. Sie versorgen nur die Besserverdienenden und Reichen. Reich baut für Reich.

Bau von kommunalen Wohnungen

Der kapitalistische Markt ist unfähig, für die breite Mehrheit der Bevölkerung ausreichend und bezahl-

baren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wir brauchen ein staatliches Wohnbauprogramm. Bundes- und Landesregierung müssen den Kommunen durch Steuern auf hohe Vermögen und Gewinne und zinslose Kredite ein Wohnungsbauprogramm finanzieren. Bund, Land und Kommunen dürfen in den Städten keine Grundstücke und Wohnungen privatisieren.

Die Stadt Stuttgart muss selber Wohnungen auf ihren Grundstücken bauen. Sie darf nicht länger Investoren für den Bau von ein paar Sozialwohnungen für 7,50 Euro Kaltmiete und einer auf 10 bis 15 Jahren begrenzten Sozialbindung Millionenbeträge hinterherwerfen. Die Mieten von städtischen Wohnungen dürfen sich nicht am Mietpreis bzw. an den Marktpreisen orientieren, sondern nur an den Bau- und Verwaltungskosten. Dabei gibt es keinen Grund, Baukosten innerhalb von 30 Jahren abzuschreiben. Dadurch kann die Kaltmiete auf maximal 5 Euro begrenzt werden. Die Stadt Stuttgart kann für den Bau solcher städtischen Wohnungen bereits jetzt die zinslosen Kredite des Landes zum Bau von Sozialwohnungen in Anspruch nehmen.

Die Stadt Salzburg hat vorgemacht, dass preisgünstiger kommunaler Wohnungsbau geht. Sie baute im Jahr 2012 nach modernen und energetisch hohen Kriterien kommunale Wohnungen ohne Bankkredite. Die kostendeckenden Mieten liegen bei 4,78 Euro pro Quadratmeter.

Ein noch besseres Beispiel ist die Stadt Wien. Nach dem Ersten Weltkrieg hat das „Rote Wien“ innerhalb von sieben Jahren 60.000 Gemeindewohnungen gebaut. Später kamen weitere hinzu. Weil keine Wohnungen privatisiert wurden, hat die Stadt heute 200.000 städtische Wohnungen. Jede vierte Wienerin, jeder vierte Wiener wohnt in einem der sogenannten Gemeindebauten. Die Mieten liegen weit unter dem Durchschnitt anderer europäischer Großstädte.

„Es gibt viel mehr Kapital als Immobilien.“

Thorsten Schönenberger (von der Immobilienfirma Drees & Sommer)
am 14. März 2015 in der StZ

„Wir sanieren derzeit noch preiswerte Bestände systematisch vom Markt.“

Axel Gedaschko, Präsident des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) in der Cannstatter Zeitung am 19.6.2012

„Die Leute können und werden die hohen Mieten bezahlen.“

Klaus Lang (Vorsitzender von Haus & Grund) am 5. September 2014 in der StZ

„Erst durch die Lösung der sozialen Frage, das heißt durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht.“

Friedrich Engels in *Zur Wohnungsfrage*, 1872/73

Die "Mietpreisbremse": ein Etikettenschwindel!

Seit Mai 2013 gibt es per Bundesgesetz für die Länder die Möglichkeit der Reduzierung der Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen von 20 auf 15 % innerhalb von drei Jahren. Die viel zu hohen Bestandsmieten dürfen also innerhalb von 9 Jahren um 52 % steigen (bisher um 72 %).

Seit Mai 2015 ist die Mietpreisbremse der großen Koalition in Kraft. Diese Regelung muss durch die Bundesländer umgesetzt werden, und zwar nur in Städten und Gemeinden mit „angespanntem Wohnungsmarkt“. Bei der Wiedervermietung einer Wohnung darf die Miete um bis 10 % über dem Mietspiegelwert erhöht werden. Die „Mietpreisbremse“ gilt nicht für Neubauten und grundsanierte Wohnungen mit einer Vermietung nach dem 1.10.2014.

Mieten, die vor Inkrafttreten des Gesetzes vereinbart wurden, können durch die „Mietpreisbremse“ nicht abgesenkt werden. Es ist bezeichnend für die unsoziale Politik der Grünen-SPD-Landesregierung, dass sie selbst diese minimalen Begrenzungen erst mit einer enormen zeitlichen Verzögerung und nur für eine Minderheit der Städte und Gemeinden umsetzt. Die Senkung der Kappungsgrenze von 20 % auf 15 % wurde in Baden Württemberg mit 2 Jahren Zeitverzögerung zum 1.7.2015 und nur für 44 von insgesamt 1.101 Städten und Gemeinden eingeführt. Nicht dabei sind z.B. Esslingen und Ludwigsburg. Die „Mietpreisbremse“ soll erst im Herbst 2015 kommen und nur für 68 Kommunen gelten.

Wohnen ist ein Menschenrecht!

Löhne & Einkommen rauf!

Mieten runter!

DIE LINKE.



Mietpreisstopp bei der SWSG!

Die SWSG ist mit 18.000 Wohnungen eine der größten kommunalen Wohnungsgesellschaften. Weil sie 6 % aller Mietwohnungen unter Kontrolle hat, beeinflussen deren Mieten das Mietniveau und den Mietspiegel in Stuttgart.

Die SWSG soll „im Auftrag der Landeshauptstadt Stuttgart lebenswerten und preisgünstigen Wohnraum bereitstellen“. Von diesem Auftrag ist die SWSG jedoch meilenweit entfernt. Die SWSG ist als GmbH privatwirtschaftlich organisiert. Von den hochbezahlten Managern über den Aufsichtsratsvorsitzenden und CDU-Finanzbürger Michael Föll bis hin zu fast allen Gemeinderäten fast aller Fraktionen im Aufsichtsrat wurde die SWSG auf ein neoliberales, rein profitorientiertes Unternehmen ausgerichtet: hohe Mieten, Vernachlässigung der Instandhaltung, Missachtung von Mieterrechten, Mietervertreibung durch teure Modernisierungen, Schikanen gegen MieterInnen.

Weil vom Rasenmähen über die Gebäude- und Außenreinigung bis zur kleinsten Reparatur alles an Fremdfirmen geht, werden Millionen Euro jedes Jahr sinnlos verbrannt. Die MieterInnen bezahlen den Großteil dieser Kosten bei oft nicht erfolgter oder miserabel ausgeführter Leistung über die Betriebskosten. Zur Abwehr von lästigen Nachfragen, Reklamationen oder Vorschlägen von MieterInnen fungiert eine in Brandenburg stationierte Hotline als firewall. MieterInnen klagen über zu hohe, falsche und zu Unrecht berechnete Betriebskosten. Im Wohngebiet Lauchhau wird das Trinkwasser seit 2008 mit Rostschutzmittel gepanscht. Jahrelang wurde dabei dreifach gegen die geltende Trinkwasserverordnung verstoßen.

Erhöhungen im Mietspiegel werden bei der SWSG postwendend umgesetzt. Eine modernisierte Dachgeschosswohnung mit Baujahr 1928 im Hallschlag wurde im Frühjahr 2015 für 9,45 Euro Kaltmiete neu vermietet. Eine 4-Zimmer-Neubauwohnung mit 101 Quadratmeter in Heumaden kostet kalt 1.224,78 Euro. Das ist ein Quadratmeterpreis von 12 Euro. Alle drei Jahre werden die Mieten um bis zu 10% erhöht.

Genauso wie andere Immobiliengesellschaften reißt die SWSG gut erhaltene Häuser ab, um sie durch teure Neubauten zu ersetzen. Im Hallschlag, in der Dessauer und Lübecker Straße, sollen 125 Wohnungen, die erst 1990 neue Bäder, Türen, Fenster und eine Zentralheizung bekommen haben, abgerissen werden. Die Mieten liegen derzeit bei 7,45 bis 8,45 Euro pro Quadratmeter. Die Neubauwohnungen sollen 11 Euro kosten. Die Abzocke rechnet sich. Im Jahr 2014 hat die SWSG einen neuen Rekordgewinn von 22 Millionen Euro vor Steuern eingefahren. Die Eigenkapitalrendite beträgt 4,9 %.

Die einzige Fraktion, die gegen diese mieterfeindliche und unsoziale Politik auftritt, ist die Fraktion SÖS-LINKE-Plus und ihre Vertreter im Aufsichtsrat der SWSG, Guntrun Müller-Enßlin und Tom Adler. Bei Haushaltsberatungen und im Aufsichtsrat der SWSG haben sie immer wieder Anträge zur Bekämpfung der Wohnungsnot, für Mietpreisdämpfung und Bodenspekulation eingebracht. Alle Anträge wurden unisono von den anderen Fraktionen abgelehnt. Nur der Antrag für ein Zweckentfremdungsverbot wird halbherzig von der SPD unterstützt.

Nur die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-Plus im Gemeinderat setzt sich ernsthaft für mehr bezahlbaren Wohnraum in Stuttgart ein.

Ihre Positionen und Aktuelles zur Wohnraumpolitik sind im Netz zu finden unter:

soeslinkeplus.de/themen/wohnen



Mieterinitiativen stärken!

Seit einigen Jahren gibt es in Stuttgart Mieterinitiativen. Der Erfolg gibt ihnen Recht. So wurde im Hallschlag eine 64%ige Mieterhöhung bei der SWSG nach einer Modernisierung in der Bottroper Straße verhindert. Der Bau- und Heimstättenverein musste aufgrund des von Mieterinitiativen ausgehenden Drucks den Plan für den Abriss der Karl-Beer-Siedlung in Stuttgart-Ost aufgeben. Nachdem die Mieterinitiativen aufgedeckt hatten, dass die SWSG Wohnungen zu hoch im Mietspiegel einstuft, musste das Unternehmen hunderte von Korrekturen vornehmen und überhöhte Mieterhöhungen zurücknehmen. Auch falsche Nebenkostenabrechnungen mussten korrigiert und zu viel kassierte Gelder zurückbezahlt werden. In Zuffenhausen und Lauchhau packt die SWSG endlich Instandhaltungsmaßnahmen an. Die Mieterinitiative Patrizia-Südewo unterstützte einen Mieter gegen eine Zwangsräumung bis in den Gerichtssaal. Das Gericht entschied für den Mieter und gegen die Räumung.

Mitglieder der LINKEN waren von Anfang an daran beteiligt, Mieterinitiativen aufzubauen: bei der SWSG, bei der LBBW-Patrizia und bei der Beer-

Siedlung. Denn für uns ist klar, dass sich nur durch gemeinsam von unten organisierten Druck etwas bewegt. Durch Zusammenarbeit der Mieterinitiativen mit den Fraktionen der Bezirksbeiräte von SÖS-LINKE-Plus musste sich die SWSG-Geschäftsführung in den Stadtbezirken Zuffenhausen, Vaihingen, Stuttgart-Süd und Bad Cannstatt öffentlich für die Vernachlässigung von Instandhaltungsmaßnahmen, für Verstöße gegen die Trinkwasserversorgung und für Abrisspläne rechtfertigen und Auskunft über geplante Modernisierungsmaßnahmen geben. Damit wurde der öffentliche Druck gegen die SWSG-Geschäftsführung erhöht.

Wir brauchen eine starke Mieterbewegung in Stuttgart, landes- und bundesweit. Aber wir brauchen auch eine starke LINKE, die die Forderungen und Interessen der MieterInnen auf die politische Ebene bringt. Deshalb laden wir alle MieterInnen zur Mitarbeit in der LINKEN ein. Und wir rufen dazu auf, bei der kommenden Landtagswahl DIE LINKE zu wählen. Die Mieteraktivistin Ursel Beck ist Ersatzkandidatin der LINKEN für Bernd Riexinger im Wahlkreis 4 (Bad Cannstatt, Ost, Wangen, Untertürkheim, Obertürkheim, Wangen, Hedelfingen).



DIE LINKE hat unter dem Namen "Das muss drin sein!" eine bundesweite Kampagne für sichere Lebens- und Arbeitsbedingungen gestartet.

Auch in Stuttgart findet die Kampagne statt. Aktionen und Initiativen für mehr bezahlbaren Wohnraum sind dabei einer unserer Schwerpunkte. Wir freuen uns immer über neue Interessierte und UnterstützerInnen!

**Unser offenes Treffen:
Jeden ersten Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
im LINKE-Büro, Marienstraße 3a, Stuttgart.
(S-Bahn: Stadtmitte, U-Bahn: Stadtmitte/Gerber)**

- **Befristung und Leiharbeit stoppen!**
- **Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV!**
- **Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!**
- **Wohnung und Energie bezahlbar machen!**
- **Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!**

DIE LINKE.

www.das-muss-drin-sein.de



Unser Programm gegen Wohnungsnot und Mietenwahnsinn:

- Schaffung von jährlich 1.000 städtischen Wohnungen durch Neubau auf städtischen Grundstücken und Überführung von Leerstand zu Wohnungszwecken. Die Kaltmiete dieser Wohnungen muss auf 5 Euro pro Quadratmeter begrenzt werden
- Mietpreisstopp bei der SWSG als Schritt in Richtung Einführung der Kostenmiete (kostendeckende Miete einschließlich Instandhaltungskosten und begrenzte Kapitalverzinsung)
- Weg mit dem Miet(erhöhungs)spiegel. Einführung der Kostenmiete für alle Mietwohnungen. Das würde die Mieten drastisch absenken und Spekulationsgewinne verhindern
- Begrenzung von Mieterhöhungen bei energetischen und anderen Modernisierungen auf maximal 3 % der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete (zur Zeit 11 %)
- Konsequentes Vorgehen gegen Leerstand durch Zweckentfremdungsverbot mit hohen Leerstandsabgaben, Beschlagnahme von leerstehenden Wohnungen und Büros und Unterbindung von Spekulation
- Schluss mit dem Abriss von preisgünstigen Wohnungen mit erhaltenswerter Bausubstanz. Der Gemeinderat kann dies mit Erhaltungssatzungen durchsetzen
- Konsequente Anwendung des Vorkaufsrechts der Stadt für den Erhalt von preisgünstigen Mietwohnungen und Grundstücken für Wohnungsbau. Grund und Boden muss in kommunales Eigentum überführt werden und darf nur in Erbpacht an Private vergeben werden
- Keine Zwangsumzüge für Grundsicherungs- oder ALG-Empfänger
- Schluss mit neoliberalen hochdotierten Managern bei der SWSG. Demokratische und öffentliche Verwaltung und Kontrolle der SWSG durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter von MieterInnen, SWSG-Belegschaft und der Stuttgarter Bevölkerung. Dafür müssen Selbstverwaltungsorgane geschaffen werden, die öffentlich tagen und die kollektiv und demokratisch die Interessen von MieterInnen, Belegschaft und der Stuttgarter Bevölkerung vertreten. Dadurch kann die Profitorientierung der SWSG abgeschafft und die SWSG auf den Erhalt und die Schaffung von lebenswertem, mieterfreundlichem und preisgünstigen Wohnraum ausgerichtet werden
- Überführung von marktbestimmenden großen Immobiliengesellschaften wie Annington sowie Banken und Versicherungen, die im Immobiliengeschäft tätig sind, in öffentliches Eigentum und demokratische Verwaltung und Kontrolle

V.i.S.d.P.: Ursel Beck
c/o DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart
Marienstraße 3a
70178 Stuttgart
info@die-linke-stuttgart.de

www.stuttgart.die-linke-bw.de

DIE LINKE.

Kreisverband Stuttgart